

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/38

Bonn, den 24. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Israel und die Bundesrepublik

50

Soll die Kette der diplomatischen Fehlleistungen nicht abreißen?

Von Günter Markscheffel

2

Hamburg bleibt doch im gemeinsamen Schulbus

53

Eine Entscheidung, die schweren Herzens getroffen wurde

Von Rolf Obest

3 - 4

Fünfeinhalbte Republik ?

81

Perspektiven des gaullistischen Regimes

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

- + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Über die Heimatvertriebenen hinweg

Eile vor der Kundgebung

Wo bleibt Briefmarke für Käthe KOLLWITZ ?

300 000 an der Zonengrenze

Vertriebenen in Schweden melden Forderungen an

Kontroverse um Kardinal BERTRAM

REITZNER wiedergewählt

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8888890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Israel und die Bundesrepublik

Soll die Kette der diplomatischen Fehlleistungen nicht abreißen ?

G.M. - Wenn nicht alles täuscht, ist die Bundesregierung wieder einmal im Begriff, die Freunde des deutschen Volkes in der freien Welt vor den Kopf zu stoßen. Bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Israel, die zur Zeit in Bonn stattfinden, will die deutsche Verhandlungsdelegation den israelischen Gesprächspartnern einreden, Israel sei ein "Entwicklungsland wie alle anderen" und deshalb müsse sich die israelische Regierung verpflichten, die eventuell zu gewährenden Kredite nur für bestimmte und von der Bundesrepublik "genehmigte" Projekte zu verwenden. Vorbehalte dieser Art wurden vor Jahren gegenüber Entwicklungsländern eingeführt, die am Beginn der industriellen Entwicklung stehen und die nicht von sich behaupten können, sie hätten stabile politische Verhältnisse.

Alles das trifft auf Israel n i c h t zu. Israel ist zwar ein junger Staat; er hat aber stabile politische Verhältnisse, eine produktionsfähige moderne Industrie, hervorragende Wissenschaftler und Techniker und eine Reserve von hochqualifizierten Facharbeitern. Das Empfinden eines modernen Israeli muß aufs tiefste verletzt werden, wenn er hört, daß man in der Bundesrepublik Bedingungen an Kredite zu knüpfen gedenkt, die von der Sache her, aber auch bei dem besonderen Verhältnis, in dem die Bundesrepublik Deutschland und das israelische Volk zueinander stehen, nicht zu rechtfertigen sind.

Israel will von der Bundesrepublik keine Geschenke; es will einen normalen zu den im internationalen Geldverkehr üblichen Bedingungen zurückzahlbaren Kredit. Außerdem: Israel hat bisher alle seine mit irgend jemandem eingegangenen finanziellen Verpflichtungen erfüllt.

Nun gibt es ganz schlaue Beamte im Bonner Auswärtigen Amt, die das Verhalten der deutschen Verhandlungsdelegation mit dem Hinweis darauf begründen wollen, man müsse Rücksicht auf die Empfindlichkeit der arabischen Staaten nehmen.

Ich fürchte, dieses Argument ist eine faule Ausrede. Es scheint so zu sein, daß die deutsche Verhandlungsdelegation von der Bundesregierung zwar sehr genaue wirtschaftliche und finanzielle Direktiven erhalten hat, aber nur sehr vage p o l i t i s c h e Verhaltensmaßregeln, die von wenig Einfühlungsvermögen in das durch die Geschichte belastete Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel zeugen.

Die gegenwärtigen Verhandlungen stehen außerdem in Zeichen von Zusagen, die der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer dem früheren israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion gemacht haben soll. Bisher hat man über diese Zusagen nur andeutungsweise etwas erfahren können; es wäre aber gut, wenn die Bundesregierung deutlich erklären würde, welchen Gehalt entsprechende Behauptungen von israelischer Seite haben. - Gewiß hat die Bundesrepublik kein Geld für unklare Geschäfte übrig. Und gewiß hat der Steuerzahler ein Recht darauf, zu erfahren, was mit seinem Geld geschieht. Wenn aber auf der einen Seite Milliarden für unausgereifte Verteidigungsprojekte buchstäblich in die Luft geblasen werden, auf der anderen Seite dagegen mit dem Rechenstift das Ansehen der Bundesrepublik in der freien Welt angekratzt wird, dann ist etwas in unserem Staat nicht in Ordnung. Oder hat jemand bei uns ein Interesse daran, die Kette der diplomatischen Fehlleistungen im Verhältnis zwischen Bonn und Israel nicht abreißen zu lassen?

Hamburg bleibt doch im gemeinsamen Schulbus

Von Rolf Obest.

Hamburg macht nun doch auch die letzte Wendung, die die anderen Bundesländer bei der Einführung des Schuljahresbeginns im Herbst vollzogen, mit. Auf der Berliner Ministerpräsidenten-Konferenz am 18. Februar, die insbesondere die Herabsetzung der Gymnasialschulzeit auf zwölf Jahre und vier Monate festlegte, hatte sich Hamburg noch seine Stellungnahme vorbehalten. Nun aber stimmte der Senat, wenn auch schweren Herzens, doch zu. In einer Form, die das Außerordentliche des Anlasses unterstrich - in einer Kundgebung vor der Bürgerschaft - legte der Senat die Gründe für seinen Beschluß dar. Auf einen Nenner gebracht lauten sie: Wir können es uns als Stadtstaat nicht leisten, daß bis in die Grenzen unseres Landes andere Einschulungs- und Schulentlassungszeiten gelten, als in der Hansestadt. Das würde ein heilloses Durcheinander ergeben. Außerdem könne man es den eigenen Abiturienten nicht zumuten, daß sie noch die Schulbank drücken, während ihre Jahrgangskollegen aus anderen Bundesländern möglicherweise schon in Hamburg studieren. - Die Senatskundgebung ließ aber keine Zweifel daran, wie sehr man das peinliche Hin und Her in dieser Sache bedauert. Eine Erklärung der SPD-Fraktion spricht sogar von dem "großen Ärgernis" und nennt das unsichere Verhalten anderer Bundesländer "unerträglich".

In Hamburg fragt man sich nun, ob mit den Berliner Beschlüssen nun endlich der Eiertanz um den Beginn des Schuljahres im Herbst beendet ist. Dann wäre das föderalistische System noch eben an einer Blamage vorbeigeschrammt. Dabei hatte das Ganze doch als eine Demonstration dafür begonnen, daß die Bundesländer in wichtigen Fragen durchaus über den Schatten ihrer Kulturhoheit zu springen vermögen. Das war auch der Grund, warum Hamburg, trotz der schwierigen Kurven, die die Bundesländer in dieser Sache in den letzten Monaten fuhren, doch im gemeinsamen Schulbus sitzen blieb. Obwohl die Hamburger Eltern und Pädagogen in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen den Herbstbeginn Stellung bezogen hatten, stimmte der Senat 1964 um der Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens willen, der Einführung des Schulanfangs im Herbst zu.

Voraussetzung dafür war, daß die vollen neunten, zehnten und dreizehnten Schuljahre für die Volks- und Realschule und das Gymnasium nicht angetastet würden. Im Juli 1965 einigte man sich in Kiel auf die entsprechenden Durchführungsbestimmungen. Im Herbst 1965 aber zeigte sich bereits, daß die zuständigen Landtagsausschüsse der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg nicht gewillt waren, diese Bestimmungen zu übernehmen. Sie wollten durch die Einführung eines Kurzschuljahres von acht Monaten und dadurch mit verhältnismäßig geringem Mehrbedarf an Lehrern und Klassenräumen bei dieser Gelegenheit das ihnen im Gegensatz zu den norddeutschen Ländern immer noch fehlende neunte Volksschuljahr einführen. Obwohl die erstrebte Einheitlichkeit schon wieder durchbrochen war, stimmten die anderen Länder auf einer Sondersitzung der Kultusminister-Konferenz zu Anfang dieses Jahres in Bonn auch dieser Regelung zu, weil wenigstens Übereinstimmung darin bestand, die vollen dreizehn Schuljahre bis zum Abitur zu bewahren. Jedoch schon Anfang Februar ließen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchblicken, daß sie auch die Ziffer 4 der Bonner Übereinkunft - "die Schulzeit bis zur Reifeprüfung beträgt bis Ostern 1970 dreizehn Jahre" - nicht einzuhalten gedachten. Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wurde dann auch diese neue Abweichung von den bereits gefaßten Beschlüssen von den anderen Ländern akzeptiert; außer Hamburg. Hamburg hat nun auch nachgezogen; unter großen Bedenken. Denn man fühlt sich hier getäuscht und enttäuscht.

Fünfeinhalbte Republik ?

Perspektiven des gaullistischen Regimes

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ist die neue Regierung Pompidou-Debré-Edgar Faure ein Schritt zur Demokratisierung der Fünften Republik oder der Versuch einer verstärkten Zusammenballung des gaullistischen Führungsmonopols? Man kann diese Frage heute noch nicht endgültig beantworten. Es gibt verschiedene Anzeichen für die eine, ebenso wie für die andere Möglichkeit. Letzten Endes wird die politische Kraftprobe entscheiden, die gegenwärtig in Frankreich stattfindet, nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch im Regierungslager.

Opposition links...

Die Ausbootung des rechtsunabhängigen Finanzministers Giscard d'Estaing und die Ernennung linksgaullistischer Persönlichkeiten werden in Paris als Zeichen einer "Linksentwicklung" auf innenpolitischer Ebene gewertet, parallel zur gaullistischen Außenpolitik.

Ebenso betrachtet man die Ernennung eines früheren Ministerpräsidenten der 4. Republik, des Linksrepublikaners Edgar Faure, als Versuch einer "Öffnung nach links". Edgar Faure war früher einer der führenden Männer der Radikalen Partei, hat sich aber von dieser linksbürgerlichen Partei der französischen Freisinnigen schon seit einigen Jahren distanziert.

Es ist aber de Gaulle nicht gelungen, über Edgar Faure Anschluß an die französischen Links- und Mittelparteien zu finden. Die Radikale Partei beeilte sich, Faures Ausschluß bekanntzugeben und hat sich nun mit der SFIO und anderen demokratischen Linksparteien zu einer "Fédération Démocrate-Socialiste" zusammengeschlossen.

... und im Zentrum

Auch die christlich-demokratische Mitte verhält sich ausgesprochen ablehnend gegenüber gaullistischen Lockrufen. Selbst Maurice Schumann, der auf rein persönliche Verantwortung während der Präsidentenwahlkampagne eine Lanze für de Gaulle brach, hat sich nicht bereit gefunden, in die neue Regierung Pompidou-Debré einzutreten. Die MRP steht in schärfter Opposition zur gaullistischen Außen- und Innenpolitik. Die Kampagne Jean Lecanquets geht in anderen Formen weiter.

Auseinandersetzungen zwischen Gaullisten und Christdemokraten scheinen sich eher zu verschärfen. Der Entschluß des christlichen Gewerkschaftsbundes, erstmalig mit der kommunistisch ge-

lenkten CGT in ganz Frankreich gemeinsame Aktionen durchzuführen, zeigt, wie weit die Opposition und Erbitterung der französischen Christdemokraten gegen das gaullistische Regime geht.

Experiment Debré

Die Regierung Pompidou-Debré ist sich dieser Situation bewußt und versucht, ihr Rechnung zu tragen. Es geht ihr jetzt vor allem darum, die Parlamentswahlen zu gewinnen, die für den Frühling 1967 angesetzt sind, aber ohne weiteres vorverlegt werden könnten, sobald die Regierung die Situation für günstig befindet.

Debré besitzt dabei eine Schlüsselstellung. Der frühere Premierminister gilt seit langem als einer der intelligentesten und entschlossensten Gefolgsmänner des Generals. Als eine Art Wirtschafts- und Finanzdiktator versucht er, die Enttäuschungen der bisherigen Stabilisierungspolitik wettzumachen und einige Forderungen der Arbeitnehmer zu erfüllen.

Die große Frage ist nur, ob ein derartiges Experiment gelingen kann, ob Frankreichs Wirtschaft derartige Wendungen verträgt und ob sich die Sache politisch bezahlt macht. Schließlich sind die Franzosen in kritischem Denken geübt und die Opposition ist nicht mundtot, wenn ihr auch der Fernsehschirm zumeist verschlossen bleibt. Man hat jetzt bereits den Eindruck, daß Debré mit einigen oberflächlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzessionen die erttäuschten Wähler zurückgewinnen soll, um eine möglichst ungestörte Fortsetzung des gaullistischen Regimes zu ermöglichen.

Pompidou oder Edgar Faure ?

Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß de Gaulle seinen gegenwärtigen Premierminister Pompidou zum eigentlichen Nachfolger auf dem Thron des Staatspräsidenten vorgesehen hat, während Debré im Falle einer Ablösung wieder Premierminister werden soll. All das sind aber bis jetzt nur Spekulationen, denn die Nachfolge wird in Frankreich bis jetzt noch nicht auf dem Wege der Erbfolge oder des Testaments, sondern immer noch durch demokratische Entscheidung, durch freie Wahlen entschieden.

Schon die nächsten Wahlen dürften - noch unter General de Gaulle - den begonnenen Linkstrend verstärken. Diese Entwicklung würde erst recht nach einem Verschwinden des autoritären Präsidenten einsetzen. In seiner gegenwärtigen Form ist das gaullistische Regime nicht aufrechtzuerhalten. Darüber ist sich auch General de Gaulle im klaren.

In diesem Zusammenhang hat die Ernennung Edgar Faures symbolische Bedeutung. Gerade er gilt als "Verbindungsmann" zum alten "System". Wenn alle gaullistischen Stricke reißen, könnte er als "Mann der Mitte" versuchen, Frankreichs Staatsschiff ohne Katastrophen in eine "normale" parlamentarische Demokratie zurückzuführen.